

Brüssel, Freitag, 4. September 2020

Europäische Kommission kündigt Verschieben der Öko-Verordnung an *Planungssicherheit für den gesamten Bio-Sektor*

Die neuen Regelungen zur Bio-Landwirtschaft in Europa wurden im Jahr 2018 nach langwierigen Verhandlungen zwischen Europäischer Kommission, Rat der EU und Europäischem Parlament beschlossen und sollten am 1. Januar 2021 in Kraft treten.

Die Europäische Kommission hat heute das Verschieben des Inkrafttretens der Öko-Verordnung um ein Jahr auf den 1. Januar 2022 mitgeteilt. Die fünf deutschen Mitglieder der CDU/CSU-Gruppe im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments, Lena Düpont, Peter Jahr, Norbert Lins, Marlene Mortler und Christine Schneider, zeigen sich unisono erfreut über diese Entscheidung, welche auf Druck des Agrarausschusses zustande kam:

„Im Mai hat der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments die Europäische Kommission aufgefordert, das Inkrafttreten der Öko-Verordnung um ein Jahr auf den 1. Januar 2022 zu verschieben. Nach dieser schriftlichen Aufforderung und mehrmaligem Nachhaken des Agrarausschusses sind wir froh, dass die Europäische Kommission nun endlich eingelenkt hat.

Viele Detailregelungen zur Öko-Verordnung bedürfen noch der Klärung auf europäischer Ebene. Dazu gehören u.a. die Liste der zu genehmigenden Reinigungs- und Desinfektionsmittel in der Verarbeitung, die ökologische Züchtung sowie der Umgang mit nicht genehmigten Substanzen.

Der ohnehin schon eng getaktete Austausch der relevanten EU-Institutionen kommt aufgrund der Corona-Umstände aber nur sehr langsam voran. Das Festhalten am ursprünglichen terminlichen Fahrplan erschien daher sehr unrealistisch.

Was der Bio-Sektor braucht, ist eine ausgefeilte, praxisgerechte Gesetzgebung und damit Sicherheit und Verlässlichkeit. Lieber arbeiten wir noch länger dran, um einen guten Text zu haben, als dass ein unausgereiftes Gesetz in Kraft tritt. Gründlichkeit geht hier vor Schnelligkeit. Die Europäische Kommission hat nun endlich im Sinne der Bio-Landwirtschaft gehandelt.“

Für weitere Informationen kontaktieren Sie das Büro Norbert Lins MdEP: +32-228-37819